

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Ferstage, zweimal, am Montage nur Sonnabends 5 Uhr. Bestellungen werden in der Expedition (Geborgasse 2) und außerhalb des Landes abgenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., anwärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Bestellungen nehmen an: in Berlin: A. Retzmer, in Leipzig: Jürgen & Fort. H. Engler, in Hamburg: Daasenfein & Voßler, in Frankfurt a. M.: Jäger & Sohn, in Erfurt: Neumann-Hartmanns Buchdruckerei.

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allerhöchstes gesetzt: Dem Appellations-Corps-Secretair, Kanzleirath F. W. Wulsten über zu Paderborn und dem Ober-Corroleur Buetter zu Wittenberg den Roten Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; ferner den Eisenbahn-Bau-Inspector Lent zu Berlin zum Regierungs- und Bau-Math zu ernennen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 2½ Uhr Nachmittags.

Berlin, 11. März. Die ministerielle „Mordd. Abg. Abg.“ sagt in einem Leitartikel: Dänemark ist jetzt eine Drohung für Deutschland, speziell für Preußen geworden. Preußen muss demnach für den Schutz der Grenzen Garantien fordern. Diese sind in der Errichtung eines kleinen selbstständigen Staates nicht zu finden. Findet Österreich die preußischen Forderungen unannehmbar, so wird der gemeinschaftliche Besitz mit Österreich fortduern, bis eine Einigung beider Mächte über diese oder andere Bedingungen zu Stande gekommen ist.

(W.L.) Telegraphische Mitteilungen der Danziger Zeitung.

Paris, 10. März. Der Senat begann heute die Adress-Debatte. Nach mehreren Reden, welche kein Interesse boten, wurde die Generaldiskussion geschlossen, und erfolgte sodann die Annahme der 11 ersten Adressparagraphen.

Wien, 10. März. Im heutigen Privatverkehr war Staatsbahn-Anfang stark offener, schloss aber fest. 1864er Poste waren geöffnet. Creditactien 183,90, Nordbahn 182,20, 1860er Poste 93,20, 1864er Poste 83,20, Staatsbahn 196,00, Galizier 223,75.

London, 10. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiederte Lord Palmerston auf eine Interpellation Maguires, der brasiliatische Commandirende habe dem britischen Gesandten die mögliche Schonung des Eigentums der Ausländer und des Montevidensischen Privateigentums versprochen. England werde nicht intervenieren; leider sei die Art und Weise der Kriegsführung eine inhumane. — Auf eine Interpellation Lord Robert Cecils erklärte Layard, die amerikanische Regierung verlange von England keinerlei Entschädigung für die Kapereien der conföderierten Kriegsschiffe.

London, 10. März. In New-York stand am 25. Februar der Wechselkurs auf London 214, Goldgros 98½, Baumwolle 83, Bonds 111½.

Landtagsverhandlungen.

(Oldenb. C.) 17. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. März.

Ein Antrag des Abg. Konrad und Genossen, betr. die Aufhebung des Gymnasiums zu Cracow, geht an die Unterrichts-Commission. Die Commission zur Beratung des v. Bonin'schen Antrages, betr. die Naturleistungen für die Truppen im Frieden, hat den Abg. v. Saucken-Julienfelde zum Vorsitzenden ernannt. (Mitglieder sind u. A. die Abg. Möbold, Junge, v. Leipziger etc.) Die Gemeinde-Commission wird zur Beratung des Lette'schen Antrages, betr. die Kreis-Ordnung, durch die Abg. Buchholz, Schmiedike, v. Sänger, Biegler, Hirschberger, Donalies, Kreuz verstärkt.

Es folgt Beratung über die Anträge, betr. die Sistirung des Verfahrens wegen Preßvergehens gegen den Abg. Dr. Möller (beim Tribunal in Königsberg) und gegen Dr. Bender und 17 Abg. (beim Kreisgericht zu Mohrungen). Referent: Dr. Bender und Gen. haben eine Schrift: „Was thut dem Landmann Noth?“ unterzeichnet, durch welche namentlich die Landleute der Prov. Preußen ermahnt werden, ihre verfassungsmäßigen Rechte manhaft zu verteidigen. Von „Gott und Rechtswegen“ habe der Landmann noch zu fordern: 1) eine neue Kreisordnung, 2) eine Landgemeinde-Ordnung, 3) ein besseres Gesetz über die ländliche Polizei-Verwaltung, 4) das Recht des Abgeordnetenhauses, über die Verwendung der Staatsgelder zu beschließen, womit die Militärfrage zusammenhängt. Wegen dieser Druckschrift sind die Genannten unter Anklage gestellt worden. Er wolle weder die Anklage juristisch prüfen, noch die Anklageschriften einer Kritik unterwerfen, um seinen Antrag zu keiner Parteifrage zu machen. Nach Art. 84 der Verf. stehe dem Abg. die unzweckhafte Besuchung zu, jedes gegen ein Mitglied der Landesvertretung anhängig gemachte Strafverfahren zu sistiren. Nachtheile durch einen Aufschub der Rechtsprechung seien nicht abzusehen. Die weiten Entfernungen der Gerichtshöfe würden außerdem eine Abwesenheit von mehreren Tagen notwendig machen.

Abg. Dr. Waldeck: Es liegt allerdings hier kein Parteinteresse vor. Indessen dieser allerdings ganz berechtigte formelle Standpunkt schließt den andern nicht aus. Denn, indem wir von Art. 84 Gebrauch machen, üben wir ein politisches Recht aus, und es ist zugleich unsere Pflicht und unser Recht, bei einer solchen Gelegenheit, wenn Mitglieder dieses Hauses verfolgt werden, im Interesse aller Parteien, natürlich zunächst der Partei, die sie vertreten und wegen deren Vertretung sie vor Gericht gestellt werden sollen, die Gründe anzugeben, warum wir gerade von dem Rechte Gebrauch machen. Die Kammer hat in dieser Beziehung schon mehrere Präcedentfälle gehabt, z. B. den Prozeß gegen unsere Mitglieder aus der Prov. Posen. Wir haben es wahrlich nicht zu bereuen, daß wir damals die Freilassung verlangt haben, denn der Ausgang jenes sogar von einem Ausnahmegerichtshofe geführten Prozesses hat es wohl vor aller Welt Augen klar dargestellt, daß der Standpunkt, den ich namentlich damals von dieser Tribüne verkündigte, der allein richtige war, nämlich daß in Handlungen gegen einen auswärtigen Staat, ein Hochverrat gegen den Preuß. Staat geführt würde, daß die Kammer sehr wohlthat, sich nicht mit dem in der Anklage ausgesprochenen Worte „Hochverrat“ zu begnügen. Bekanntlich ist die ungeheure Mehrzahl jener Ang. freigesprochen und die, welche verurtheilt worden, sind mit so geringen Strafen belegt, daß sie mit dem Hochverrat wahrlich in gar keiner Beziehung stehen. Dort ist also der politische Standpunkt gerechtfertigt gewesen. Ich erinnere an den zweiten Fall, den

der Herren Abg. Frese und Barre, an den dritten Fall, den des Herrn Abg. Jacoby, in welchem zunächst gar kein Utilitätsgrund vorlag, sondern wesentlich nur, daß die Kammer das Recht eines Mitgliedes, welches seinen Wählern seine Ansicht mitgetheilt hatte, ehren und währen wollte. Ein anderer, als dieser politische Grund läßt sich nicht denken und obgleich der Ausgang für unsre geehrten Collegen bis jetzt kein günstiger gewesen ist, behauptet ich, daß die Kammer auch dort in ihrem Rechte gewesen. So wenig wir ein Mitglied bei einem wirklichen Hochverrat schützen würden, ebenso wenig würden wir eines schützen, das wirklich eine wahre Majestätsbeleidigung begangen hätte. Aber mit einer Lupe können wir aus der Rede des Abg. Jacoby nichts finden, wo die nicht einmal genannte Person des Königs verletzt worden und wir müssen dem wahrheitsliebenden Manne glauben, daß er den König nicht im entferntesten hat beleidigen oder die Ehrfurcht vor ihm verlehen wollen. Diese Ansicht würden alle Mitglieder, die hier sitzen, haben, glaube ich, wenn sie als Geschworene, wie es recht und richtig wäre in einem solchen Falle, berufen würden, darüber zu urtheilen. (Hört, sehr wahr!) Es ist eine neue Theorie aufgestellt worden. Wenn die Absicht der Ehrfurchtsverleugnung gegen die Alerh. Person nicht vorhanden, so genügt das Bewußtsein! (Hört.) Man hat unterschieden zwischen der Absicht, die eine intendierte Willensäußerung in sich schließt, und dem Bewußtsein. Das letztere also soll bestraft werden! Ein ähnlicher Fall betraf den Abg. Frenzel, der auch nicht im Geringsten von S. M. dem Könige gesprochen, sondern die Schlesw.-Holst. Frage in einer Resolution behandelt und ausdrücklich erklärt hatte, er habe diese Ehrfurcht nicht verleugnen wollen, aber dessenungeachtet, wahrscheinlich wegen dieses Bewußtseins, mit 2 Monaten Gefängnis bestraft ist. Wir haben um so mehr Ursache zu sehen, worin die strafbare Handlung besteht, als wir hier haben sagen hören, es bestehet ein Misstrauen gegen die Preuß. Justiz. Wenn dies der Fall ist, so liegt es im Interesse der Sache, die Ansichten darüber zu klären, damit nicht die Meinung verbreite, 10 oder 15 Jahre hätten hingerichtet, die Integrität, die außerordentliche Begabung, den Fleiß und die Geduld der Preuß. Richter zu vertilgen. M. H., das ist nicht geschehen; es liegt in den Institutionen, in der Art und Weise, wie tendenziöse Gesetze tendenziös behandelt werden und Sie werden in der Welt keinen Richterstand finden, der solchen Einflüssen immer widerstehen könnte. So würde ich diese Frage ansehen und ich würde diesen Herren, obwohl sie meine Gesinnungsgenossen sind, keinen Freibrief geben, wenn sie wirklich das Ministerium beleidigt hätten, denn ich halte es für verkehrt, wenn man in einem so guten und gerechten Streite, wie wir ihn gegen das Ministerium führen, sich der Mittel der Beleidigung bedienen wollte. Wir müssen objektiv sprechen und wir wollen, wenn wir die Wahrheit sagen, sie hier ganz und gar sagen, aber wir wollen keinen Menschen beleidigen. Der Begriff der Beleidigung, wie er allgemein angewandt worden von den preuß. Richtern, ehe diese unfehlbare Periode eintrat, und namentlich der Begriff der wördlichen Injuria, ist zu allen Seiten dahin aufgestellt, daß sie eine Beleidigung enthalten müsse, daß es notwendig ist, „ut contra bonos mores contumelia illata sit“, wie der berühmte holländische Jurist Matthaei, de criminibus ausdrücklich sagt. Der Begriff der Injuria ist die contumelia, die beschimpfenden Worte oder dasjenige, was gesagt ist infamandi causa — um Jemand die Ehre zu nehmen. Nach dem gegenwärtigen System hört jede Beurtheilung der Regierungshandlungen überhaupt auf. Erlauben Sie mir, dazu eine Stelle aus einem bei den Practitern für klassisch gehaltenen Werke, die diesen Punkt klarstellt, vorzulesen. (Redner verliest eine Auseinandersetzung über Injurien und Schwätzschriften.) M. H., dieses Buch ist 1792 gedruckt in Schwerin und Wismar, geschrieben von Weber, Prof. der öffentl. Rechtsgelehrsamkeit in Rostock. Das ist die mecklenburgische Weisheit damals gewesen (Heiterkeit) und dies Recht, welches im vor. Jahrhundert vor allen Verfassungen gegolten hat, möchten wir Preußen erhalten. Wenn ich die Contumelia und was sonst verlangt wird, zu dem Begriff in den beiden incriminierten Artikeln unserer 17 Preußen, suche, so kann ich sie nicht finden. Die Herren wenden sich an eine Klasse ihrer Wähler, an den Landmann, sie sagen, sie fordern für diese eine neue Kreisordnung etc. Denken Sie sich den Fall, daß das, was hier zum Injuriengriff von dem Staatsanwalt — der, weil es sich um die Beleidigung des Ministerii handelt, allerdings mit Recht mein Staatsanwalt genannt werden könnte — für hinreichend gehalten, auf eine Privatperson ausgedehnt würde; denken Sie sich, daß Jemand einen Andern wegen eines Pferdes verklagt hat und sich dabei so ausdrückt: „Verläßter hat das Recht, welches ich auf das Pferd habe, aus den Augen gesetzt und ohne meine Zustimmung seit zwei Jahren darüber verfügt, ich bitte es herauszugeben.“ (Heiterkeit) Es ist ganz dasselbe, als was die 17 Ang. gesagt haben und doch würde der Herr Justizminister hier schwerlich eine Injurielage zulassen können. Bei einer einfachen Kritik einer Regierungshandlung kann also von einer Injuria gar nicht die Rede sein. Die 17 Abg. treten aber nicht als Kritiker auf, sondern sie behaupten das den Abg. von seiner Seite bestreitete Recht, der Verfügung über die Staatsgelder durch die Etatsfestsetzung. Es paßt also nicht die Bezeichnung „Beleidigung eines Beamten“, sondern höchstens die „Beleidigung ausgeübt von einem Beamten in Ausübung seines Amtes“, denn die Abg. haben nur von ihrer amtlichen Thätigkeit ähnlich gesprochen in einem Berichte an ihre Wähler. Es wäre also eine „amtliche Amtsbeleidigung“ — ein terminus technicus, den ich nicht kenne. Es ist also auch hier kein Schaden von Beleidigung zu finden nach dem altpreußischen Recht, nicht nach dem Recht, wie es auf Interpretationen gegenwärtig verläuft.

Noch interessanter ist der 2. Anklagepunkt. Die Ang. sind

in ihrer Mehrheit Rittergutsbesitzer. Als man das Dreiklassenwahlrecht einführte, wollten diejenigen, die es geben, die kurz vorher gemachten Einträge in die Verfassung möglichst conservieren, indem sie glaubten, durch dies System in den östlichen Provinzen auf dem Lande die Majorität den Rittergutsbesitzern zu sichern. Das Letzte ist geschehen, aber es war gegen die Berechnung, daß die Rittergutsbesitzer gegen ihr persönliches Interesse das vom ganzen Lande als besser Erkannte wollen. Wenn die 17 Abg. gesagt haben, die bessere Polizei-Verwaltung u. s. f. kommt Euch den Landleuten von Rechts wegen zu, so haben sie dadurch gegen Niemand ein Unrecht gelitten, außer vielleicht gegen sich selbst, wenn nämlich das Wort „injuria“ in ironischem Sinne als „Beschädigung“ gesetzt wird. Sie verleihen nur ihre eigenen Rechte, die sie gegenwärtig besitzen. Sie sagen, „es ist unter dem gegenwärtigen Ministerium an keinerlei Verbesserung und so auch an keiner besseren Kreisordnung zu denken.“ Ist das nicht ganz buchstäblich wahr? Müßte nicht das Ministerium ganz und gar seine Partei verlieren, wenn es eine bessere Gemeinde-Ordnung gäbe? Weil dies Letztere richtig ist, ist auch in dem Ersteren keine Beleidigung enthalten. Man kann Niemand beleidigen, wenn man sagt, er ist seiner Überzeugung und seinen Parteigrundsätzen treu; eher umgekehrt, wenn man sagen würde, sie verläßt die Grundsätze ihrer Partei und will doch die Partei sein. Der andere Fall betrifft die Disciplinarstrafe. Wenn sich Jemand darüber ein Urtheil erlaubt, nachdem er in einer bis dahin nicht vorgekommenen Weise die Schwere der Disciplinarstrafe geahnt hat, so wird auch da von einer Beleidigung nicht die Rede sein können. Es ist ein altpreußisches Grundrecht, daß ein Richter nur durch Urteil und Recht abgesetzt werden kann. Dies ist durch die Einführung des Disciplinarstrafgesetzes weggeräumt; man ist noch weiter gegangen, in der Disciplinarstrafe in 1. Instanz erkennt der ganze Gerichtshof, in letzter und entscheidender Instanz nur eine sehr geringe Deputation des höchsten Gerichtshofes (hört!). Die neuen Kategorien von Beleidigungen, die Preßvergehen, die Disciplinarstrafen — Alles das sind Symptome der Zustände, in denen wir uns befinden und darum ist die Sache sehr gut. Das Volk hat nun gelernt, daß die ursprüngliche Verfassung eine ungeheure Wohlthat war, doch in Preß- und Polizeivergehen, sobald es auf Gefangenstrafe ankommt, notwendig Geschworene erlernen müssen. Es hat gelernt, daß der Richterstand in dieser Beziehung unmöglich so zu stellen ist, wie er jetzt gestellt ist, daß sein Ansehen in einem konstitutionellen Staate wesentlich davon abhängt, daß er nicht seine Stellung, sein Amt, sein Familienbild u. s. f. in die Schande schlagen soll bei einer an sich unbedeutend erscheinenden Frage. Weil Beleidigungen und Preßvergehen nach dem Standpunkte der öffentlichen Meinung keurtheit werden müssen, darum ist die Wiederherstellung der Verfassung und der Schwurgerichte in Preßprozessen und politischen Sachen notwendig. Fragen Sie mich, warum ich dies. Alles nicht durch die Initiative verlange, so werde ich die Antwort mit den Worten unserer 17 Kollegen geben können, — weil es unter den gegenwärtigen Umständen völlig unglos sein würde, weil die Rechte der Verfassung selbst in Frage gestellt sind und wir zunächst für diese im Kampf einzustehen haben. Die Freiheit erfordert die Ausdauer, die wir in diesen 4 Jahren bewährt haben. So fruchtlos sie erscheinen mag, sie wird doch ihre Früchte tragen. Wenigstens wollen wir, so lange das Volk uns mit seinem Mandat befreit, zum Volke stehen; wir wollen uns durch diese Fruchtlosigkeit weder in der Ausübung unseres Amtes, noch als Abgeordnete in unseren Funktionen irgendwie beirren lassen. (Bravo links.)

Abg. v. Kirchmann (für den Antrof), mit dem er gleich eine Befreiung der Stellung, in die sich die preußischen Richter versetzt sehen, verbunden wissen möchte. Indessen würde diese Angelegenheit sich vielleicht zu einer Interpellation eignen, die Redner sich vorbehält.

Abg. Graf Eulenburg (für den Antrof): Ich gebe im vorliegenden Falle, freilich nicht von einer Kritik des richterlichen Verfahrens aus, denn wozu das führt, haben wir aus der Rede des Abg. für Bielefeld zur Kenntnis ersehen, und ich verwärne das Haus, daß es sich über das richterliche Verfahren nicht eine oberrichterliche Gewalt anmahe. Nicht aus solchen Gründen, sondern lediglich deshalb, weil durch die Entfernung von 17 bis 18 Abg. eine erhebliche Störung der Geschäfte herbeigeführt werden würde und weil ich glaube, daß durch einen kurzen Aufschub des gerichtlichen Verfahrens eine Verdunkelung des Thatbestandes nicht herbeigeführt werden kann, werde ich mit meinen Freunden dem Antrage zu stimmen.

Abg. Krieger bestreitet, daß der Abg. Waldeck eine oberrichterliche Gewalt über das Verfahren in Anspruch genommen und erinnert an ähnliche Votab des Abg. Simson u. s. w. in früheren Fällen.

Abg. Waldeck: Es hat ganz und gar nicht in meiner Absicht gelegen, über den Richterspruch irgend eine vorhergehende oder nachfolgende Kritik auszuüben; ich nehme es aber als Abg. in Anspruch, an dieser Stelle als politischer Mann und als Geschworener hier zu erwidern, warum ich die Handlung nicht von der Art halte, um ihr das Privilegium zu versagen. Diesen politischen Gesichtspunkt habe ich in meiner Rede hervorgehoben, und dazu war es für mich durchaus notwendig, den Begriff der Beleidigung zu entfernen, eben weil ich die Beleidigung des Ministeriums für etwas höchst Verkehrt in jeder Beziehung erklären mußte (Brovo).

Abg. Gr. Eulenburg: Ich habe dem Abg. für Bielefeld nicht die Absicht untergelegt, eine oberrichterliche Gewalt über zu wollen, sondern nur gesagt, daß die Kritik, die er ausgeübt hat, ganz von selbst dazu führt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über die Petitionen der Städte Breslau und Bromberg. Abg. Lent: Er würde

nicht das Wort neben Mitgliedern dieses Hauses ergreifen, die als Autoritäten gelten weit über die Grenzen des Landes hinaus, wenn er nicht, als Stadtverordneter von Breslau, persönliche Motive hätte. Was der Herr Minister gesagt hat, ist nicht neu, und die Gegnerschaft des Abg. Hübner stützt sich auf eine durchaus schwächliche Deduction. Derselbe hat gesagt, die Petition sei nur eine durch einen durchlöcherten Mantel verhüllte politische Agitation, dem zu erwarten, daß seine Rede die mit dem durchlöcherten Mantel verhüllte Reaction ist. Wenn man hört, was gegen die Petition angeführt worden, so sollte man glauben, die Breslauer Stadtv.-Brs. bestände aus lauter unruhigen Köpfen, leichtfertigen und zu Ungefehlkeiten geneigten Bürgern. Nun, ich kann versichern, daß unter den 102 Mitgliedern jener Versammlung Vertreter aller Interessen und politischen Meinungen, aller Brüderstände, aller Confessionen sich befinden. Redner leisteteit alsdann, auf die Sache eingehend, daß der Stadtv.-Vorsteher das Recht habe, Gegenstände, die er als nicht in den Kreis der Beratung gehörig erachtet, von der L.-D. abzusegen. Dies ist nicht vereinbar mit dem § 7 der Geschäfts-Ordnung der Stadtv.-Brs. Das Petitionsrecht ferner ist selbstverständlich. Die Frage, ob die Stadtv.-Brs. eine Corporation ist, kann gar nicht aufgeworfen werden, als Corporation hat sich die Brs. gar nicht angesehen, sondern als Behörde. Dass man hier daran zweifeln würde, daß die Brs. eine Behörde ist, habe ich nicht geglaubt; in der Gemeinde-Ordnung, in unzähligen Ministerialrescripten ist stets von beiden städtischen Behörden die Rede. Es handelt sich nicht um ein communales Beschlusungsrecht, sondern um das Petitionsrecht der Stadtv.-Brs. auf Grund des Art. 32 der Brs. Man hat diesen Art. allerdings schon in anderen Fällen weit ausgedehnt, so u. A. ist einem Beamten ein heftiger Vorwurf gemacht worden, darüber, daß er sich mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus gewendet (hört!), weil er damit die schuldigen Rücksichten gegen seine Vorgesetzten verletzt habe (Heiterkeit). Die Präcedenzfälle, die der Minister angeführt hat, sind gar keine Präcedenzfälle, wohl aber können wir uns auf eine ganze Reihe solcher berufen. Ich erinnere an die Loyalitäts-Deputationen, an die verschiedenartigsten Petitionen der Kreistage; daß z. B. eine der letzteren ganz unbemängelt durchgegangen, welche die Unterschrift des Landrats v. Gottberg trägt (hört!). Es handelt sich darin um Einführung der Prügelstrafe. Aber vielleicht hat man diese letztere als eine innere Angelegenheit der Kreistage angesehen (anhaltende Heiterkeit). Ich erinnere ferner an die Petitionen aus dem Jahre 1861 über den Erlass der Gemeinde-Ordnung, welche der Abg. Hübner als Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung zu Breslau hat berufen, absehend und in das Haus hat eintragen lassen. Redner resumiert seine Ausführungen in folgenden Sätzen: 1) Art. 32 gewährleistet ein sachlich nicht beschränktes Petitionsrecht. 2) Es existiert keine statthaften und zutreffende Interpretation des Art. 32 der Brs., welche diese Thatsache zu beseitigen vermöchte. 3) Der § 35 der Städte-Ordnung wollte und könnte den Art. 32 der Brs. nicht beschränken. 4) Es existieren keine Präcedenzfälle, welche das Recht der Stadtverordneten, zu petitionieren, in Frage stellen. 5) Es existiert eine große Anzahl von Präcedenzfällen, welche ein Anerkennung des unumschränkten Umfanges des Petitionsrechts in sich schließen. (Redner wendet sich nun zu einer Beweisführung darüber, daß die Breslauer Petition eine Gemeinde-Ang. betreffe.) Die Zahl der Pressegewerbetreibenden in Breslau ist außerordentlich groß, nun denken Sie sich dazu die fürchterliche Brs.-Verordnung mit den Verwarnungen, Verbotted und verglichen mehr. Dazu kommt die Dehnbarkeit des Begriffes der Beamten-Bekleidung, Aufzettung, Verläudung in unserem Strafgesetzbuch. Viele hundert Bürger waren dadurch bedroht durch diese mit dem Stempel der Verwerlichkeit versehene Verordnung. Nun, m. H., wenn das keine Veranlassung zum Eingriff der Communalbehörden geben soll, wenn das keine Gemeindeang. ist, dann weiß ich nicht wo eine Grenze für Gemeindeang. gefunden werden kann. Ein Mitglied der conf. Partei hat längst gesagt, es sei eine parlamentarische Klapperjagd auf ihn gemacht worden; darauf kann man in der That sagen, auf die liberale Presse ist durch jene Verordnung eine Klapperjagd gemacht worden (Beispiel). Wer die ruhige Entwicklung des Staates will, der kann nicht wünschen, daß sich die Dinge aus den Massen der Bürgerschaft, sondern aus der ruhigen Förderung ihrer Vertreter heraus entwickeln. So erscheint das Petitionsrecht der St.-B.-B. als ein Sicherheitsventil an dem Dampfkessel der Volksleidenschaften. Ist es denn im äußersten Fall nicht besser, die Petitionen von 994 städt. Vertretungen anzunehmen, als die Bürgerschaften dem gährenden Unwillen und der wachsenden Echitterung zu überlassen? Das Petitionsrecht ist ein Schutz vor der Revolution, nicht eine Unregung zur Revolution. Hier handelt es sich nicht um einen Streit Einzelner, sondern um eine Signatur des gegenwärtigen Kampfes, zu welcher Signatur auch der verächtliche Vergleich des Oberbürgermeisters von Breslau mit dem längsten Seconde-Lieutenant gehört. Wann der Kampf enden wird, wer kann es wissen? Unsere Aufgabe ist es, ihn aufzunehmen und für das Recht einzustehen, wo wir es gefährdet sehen. (Lebhafte Beifall.)

Reg.-Commiss. Geh. Rath Ribbeck: Durch die Gegenausführungen ist nach Ansicht der Staatsregierung die Legalität ihres Verfahrens in keinem Punkte widerlegt worden. (Heiterkeit links.) Was zunächst die Kompetenzfrage betrifft, so stützen die Petenten sich auf die Behauptung, daß eine Communal-Angelegenheit vorgelegen habe. Dies ist unrichtig; die Eingabe verweist auf den Conflict zwischen der Landesvertretung und der Staatsregierung, dann remonstriert sie gegen die Preßordnung, weil sie gegen die Verfassung verstößt, weil sie das Vertrauen im Lande erschüttert und weil sie Eigentum- und gewerbliche Interessen einer Klasse von Gewerbetreibenden (aha! links) berührt. Darauf knüpft sie den Antrag, den Landtag der Monarchie einzuberufen. Ich glaube, es darf dies eher eine allgemeine Landes-Angelegenheit, nicht aber eine Communal-Angelegenheit der Stadt Breslau genannt werden. Der Vorredner hat behauptet, der Art. 32 der Brs. könne und dürfe nicht interpretiert werden. Ich meine dennoch, es wird dies nicht zu umgehen sein, denn der Paragraph ist schon Gegenstand der Meinungsverschiedenheit geworden. In dem Commissionsberichte selbst wird anerkannt, daß der Bestimmung des Artikel 32 die Absicht zu Grunde liegt, Collectiv-Petitionen überhaupt zu untersagen und dabei nur eine Ausnahme für Behörden und Corporationen zugelassen. Es wird also den letzteren ein Privilegium in Bezug auf die Form der Petitionen gegeben, nicht aber hinsichtlich des materiellen Inhalts derselben. Andererseits folgt aus dem natürlichen Begriffe der Corporationen und Behörden und aus den Bestimmungen des Allg. Landrechts, daß sich dieselben materiell nur in dem Wirkungskreise bewegen dürfen, der ihnen durch den Landesherrn oder die Verfassung zugewiesen ist. Folgerecht könnten Behörden um

Corporationen von ihrer corporativen Eigenhaft auch bei Petitionen, Beschwerden &c. nur dann Gebrauch machen, wenn die Angelegenheit in ihren speziellen Wirkungskreis eingreift. Es ist dann gesagt worden, die Corporationen könnten unmöglich schlechter gestellt werden, als Individuen. Die gerechte und Interessen der Individuen erschöpfen sich in ihrem Berufe nicht, die Behörden und Corporationen haben überhaupt nur innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises eine corporative Existenz. Es ist ausgeführt, daß die Kompetenzgrenze nur gelten könnte, wenn die Stadtverordneten mit beschließender Gewalt auftreten. Ich kann dies nicht gelten lassen. Das Petitionsrecht ist nicht blos das Recht, etwas zu wünschen, es ist das Recht, bitten, Beschwerden und Anträge vorzubringen und, so bald es sich um Collectiv-Petitionen handelt, nach dem Gewicht, welches den Behörden und Corporationen zusteht. Daraus liegt eben der Unterschied zwischen Corporationen und Individuen, und daran schließt sich der § 35 der Städteordnung, der von den Aufsichtsbehörden in Anwendung gebracht ist. Es ist keineswegs blos Absicht des § 35, die Befürdung, die Stadtverordneten-Versammlung könne in die Executive der Staats-Regierung eingreifen, zu beseitigen, dazu legt kein Bedürfnis vor, denn solche Beschlüsse verbieten sich von selbst. Man hat davon Bezug genommen auf Präcedenzfälle; die meisten dieser Fälle betreffen solche legislatorische Themen, von denen die städtischen Verhältnisse nahe berührt werden, Communal-Steuer-System, Gemeinde-Verfassung, Servitiuswesen &c. Für diese Fälle ist von Staatswegen anerkannt, daß die Communalbehörden das corporative Petitionsrecht ausüben könnten. Sofort hat die Staatsregierung in allen übrigen Fällen ihre eigene Auffassung festgehalten.

Minister des Inneren: Es scheint mir, daß die Seite des Hauses, der der Abg. Lent angehört, die Sache etwas zu ad hoc und parteipolitisch aussucht, während die Regierung sich mit ihren Handlungen und der Vertheidigung derselben auf den rein rechtlichen Standpunkt gestellt hat. Ich habe nachzuweisen versucht, daß die Gesetze selbst vorschreiben, so zu handeln, wie ich gehandelt habe. Es kommt mir gewissermaßen naiv vor, wenn gesagt wird, warum wir dagegen wirken, daß Stadtverordneten-Versammlungen petitionieren. Ja, mit demselben Recht können Sie sagen, daß jeder schreiben und sich vereinen kann, zu welchem Zwecke er will. Vereinsgesetze, Presgesetze, Communalordnungen können wir vor der Hand nicht entziehen und so lange wir sie haben, müssen wir daran halten. Für mich ist der Hauptpunkt in der ganzen Discussion der: Können Stadtverordnetenvers. über allgemeine politische Gegenstände petitionieren oder nicht? Präcedenzfälle können unmöglich hier entscheidend sein, wo die Frage eine brennende geworden ist. Eine gesetzliche Bestimmung wird Jahre lang nicht beachtet oder geht nebenher, weil die öffentliche Aufmerksamkeit nicht erregt wird. Wird sie discutirt und kommt zur Verhandlung in der Landesvertretung, so muß man zur Klarheit des Princips und der Ausschauung vordringen. So weit ich ständische Kreis- und soziale Gesetzgebung kennen gelernt und studirt habe, kann ich auf den Grundsatz zurück, daß alle Vertretungen nicht das Recht haben, sich mit anderen Gegenständen zu beschäftigen, als mit denen, die ihnen das Gesetz speziell zuschreibt. Bei diesem Grundsatz muß und werde ich stehen bleiben, so lange mir die Bügel dieser Verwaltung anvertraut sind, und kann mich nicht bestimmen lassen, auch wenn Petitionen mit persönlich oder der Regierung angenehm wären, anders zu verfahren. Der Abg. Lent hat ein mit Beispiel aufgenommenes Bild gebraucht: wir müßten ja zufrieden sein, wenn Volksleidenschaften an gewissen Vertretungen sich ablöhnen. Stadtv.-Brs. seien ein Sicherheitsventil auf dem Dampfkessel der Volksleidenschaften. Ja, m. H., so lange Vertretungen in ihrem Kreise bleiben und sich bewegen. Gehen sie außerhalb des Kreises heraus, so werden sie nicht das Sicherheitsventil sein, sondern der schlecht bewachte und überheizte Ofen dieses Dampfkessels. (Bewegung.)

Abg. v. Gottberg: Es hat mich Wunder genommen, daß der jüngere Abg. für Breslau so bureaukratisch ist, der Stadtv.-Brs. den Standpunkt von Behörden zu vindiciren. Redner citirt eine Rede des Herrn v. Vinck als Beleg für seine Ansicht (Ruf: lauter). M. H.! Ich bin kein Wetterprophet, aber Vitz und Donner. . . (Heiterkeit.) Wenn der jüngere Abg. für Breslau meint, daß der Herr Minister Methusalem's Alter erreichen müßte, um die von ihm gewünschten Erfolge zu sehen, so verweise ich auf die Wechsel der Situationen, erst die National-Versammlung, dann die conservative, dann die liberale Majorität, endlich die Fortschrittspartei; wer weiß, was folgen wird. Die Stadtv. währen ihre Würde nicht, wenn sie gegen Bürgermeister und Magistrat opponiren, oder gegen das Ministerium, oder es an der Erfurth gegen S. M. den König fehlen lassen, die durch Pietät und Herkommen geboten ist. Die Fortschrittspartei wünscht allerdings, daß die Regierung gezwungen sei, die Beschlüsse der Stadtv.-Brs. auszuführen. Aber so weit sind wir noch nicht (Redner wird fast ganz unhörbar), dem Geist der Auflehnung, der sich so fund giebt, muß die Staatsregierung mit Kraft und Energie entgegentreten. Wenn von dem gesprochen wird, was die Könige Preußens für die preußischen Städte gethan haben, so geschieht es nicht, um sie vom liberalen Bürgerthume tyrannisieren zu lassen (Heiterkeit). Gerade die größten Könige Preußens würden den liberalen Kommunen noch ganz anders entgegentreten sein, als der Herr Minister. Ich bin der Ansicht, daß das Ministerium die Aufgabe hat, der Volkssoverainität, die sich gegen die Soeverainität der Krone erhebt, der parlamentarischen Regierung mit aller Kraft entgegenzutreten, möge dies auf politischem oder auf communalem Gebiete geschehen.

Abg. Birchow: Ich sehe ab von den eben gehörten Ansichten des Vorredners über den König, indem er so thut, als wenn er ein vertrauter Freund des Königs sei (Heiterkeit). Ich halte das nur für eine Überhebung. Eigentlich streiten wir über etwas, das die Regierung lediglich nach ihrem eigenen Gesichtspunkte beurtheilen zu müssen meint. Wenn gerade eine laxere Praxis gilt, dann läßt man die Städteordnung bei Seite; wird sie bremend, dann holt man die Städteordnung wieder hervor. Jeder muß eingestehen, daß der § 35 der St.-Ord. nur dann zu Recht bestehen kann, wenn er mit Art. 32 der Brs. übereinstimmt. Bestimmt Art. 32 der Brs. Anderes, dann würde § 35 der St.-Ord. ungültig sein. Der Abg. Hübner wendet allerdings eine eigene Dialektik an, die er jedenfalls nicht als Städteverordneter geleert hat (Heiterkeit), wenn er die Stadtv. weder für eine Behörde, noch für eine Corporation, noch für Beamte hält. Er hat vergessen, daß die St.-Ord. selbst im § 5 sie Stadtbördnen nennt, und zwar sind sie nach der St.-Ord. cooptierte Behörden. Ebenso hat der Abg. vergessen, daß die Stellung der Stadtv. auch eine amtliche ist. Nach der Kabinetts-Ordre vom 10. September 1847 sind an Stadtverordneten besondere Amtszeichen verliehen, doch jedenfalls in der Voraussetzung, daß ein Amt dadurch geehrt werden solle.

Redner führt dann aus, daß jede Angelegenheit zu einer Gemeinde-Angelegenheit dadurch gemacht werden kann, daß man sie mit Geldbewilligungen verbindet, wie das z. B. bei dem Octoberfest in Leipzig der Fall war. Wenn die Regierung ein treuer Wächter des Gesetzes wäre, dann müßte sie allen solchen Beschlüssen als dem Gesetze zuwiderlaufend entgegentreten, aber die Regierung will keine strenge Praxis, wenn nur geschieht, was sie will. (Sehr richtig.) Ebenso mögen sich die Beamten immerhin an politischen Demonstrationen beteiligen, wenn sie nur im Sinne der Regierung sind. Wäre der Herr Minister anwesend, so würde ich auf sein Öfengleichnis näher eingehen. Die Stellung, die der Herr Minister den städt. Behörden anweist, ist etwa die, daß sie mit einem Weihrauchfaß umhergehen sollen, um die jeweiligen Ministerien zu beräuchern. (Gelächter.) Der Reg.-Commissar vindictet der Regierung das Recht, gegen die Stadtv.-Vorsteher mit Strafen vorzugehen. Die Städte-Ordnung enthält aber in ihren §§ 77, 78, 79 alle Kompetenzen, die den Aufsichtsbehörden zukommen. Nach diesen kann sie gegen die Stadtverordneten-Versammlung überhaupt, aber nicht gegen den Stadtverordneten-Vorsteher vorgehen. Die Regierung erkennt eine Continuität der Städte-Ordnung von 1853 mit der von 1808 nur dann an, wenn sie eine Verschlechterung enthält, andernfalls vermag sie diese Continuität nicht herauszufinden. Besteht sich die Regierung nur auf guten Wegen, wenn sie wird niemals Gefahr laufen. Es war ein revolutionärer Weg, auf den sich das Ministerium begeben hatte, und es war ein conservativer Vorhaben der Städte, wenn sie es von diesem Wege zurückzuführen wollten. Sieht das Recht der freien Presse denn nicht mit dem der Schule gleich? Hat es nicht noch eine höhere Bedeutung für die Entwicklung des Volkes? Die K. Staatsregierung war es, welche das Land auf den Weg der Revolution hinführte und waren es die conservativen Städte, welche die Bewegung aufhielten. Die K. Regierung muß es zugestehen, wenn sie vorurtheilsfrei die Sachlage erwägt, daß auf solchem Wege, wenn die Städte in gefährlichen Momenten sich zu Organen der Wünsche der Bürgerschaft machen, am besten die Continuität der Entwicklung gesichert ist, wenn aber die Regierung die Entwicklung nicht will, dann freilich muß sie Alles als agitatorisch zurückweisen, dann ist das Petitionsrecht gefährlich, aber nicht für den Staat, sondern für das Ministerium, aber man kann uns doch nicht zumuthen, daß wir das für eine große Gefahr halten sollen. (Heiterkeit; Beifall.)

Abg. Dr. Jacoby weist ebenfalls nach, daß Art. 32 der Brs. den Stadtv. das Petitionsrecht gewährleiste und fährt dann fort: Daß die Minister ihr Verfahren ändern werden, Wer glaubt das? Ich nicht und Niemand im Lande. Die Überweisung an das Ministerium soll auch nichts Anderes sein, als eine erneute Ermahnung und Warnung für den Herrn Minister. Wenn die Minister nicht müde werden, Verfassungswidrigkeiten zu begehen, so werden wir auch nicht müde, die Verfassungswidrigkeiten immer und immer wieder zu constatiren. Und, m. H., Macht ohne Recht ist ein sehr gebrechliches Wesen, res detestabilis et caduca. Der Tag wird nicht ausbleiben, wo auch für diese Minister die Verantwortlichkeit eine Wahrheit sein wird. (Lebh. Bravo.)

Abg. Dr. Gneist: Der Herr Minister beruft sich auf Gesetz und Praxis, wir auch, nur nehmen wir es damit nicht so leicht. Als der Minister im Juli 1863 das Rescript erließ, habe ich in unserm Vereinsschiff gefunden, daß in den letzten zwei Jahren Hunderte von Petitionen von Magistraten und Stadtv. hier vorgelegt und erörtert sind; ebenso ist es früher gewesen; niemals aber ist ein Zweifel an dem Petitionsrecht der städt. Behörden erhoben. Der Herr Minister ist nicht gut berathen gewesen, wenn ihm von irgend einem vortragenden Rath der § 35 der St.-Ord. als Basis für ein Generalrescript empfohlen wird. Der § 35 ist gar keine Erfindung der Gem.-Ordn. v. 1850, sondern er steht in der rhein. Gem.-Ordn. v. 1845, er steht in der franz. Municipal-Ordn., er ist in das Deutsche übersetzt worden, er steht auch in der Städte-Ord. v. 1808. Wenn der Gesetzgeber damit eine Beschränkung des Petitionsrechts beabsichtigt hätte, so würde er sich jedenfalls etwas deutlicher ausgedrückt haben. Ich frage die geehrten Rechtsgelehrten im Hause: Was hat das Petitionsrecht zu thun mit dem gesetzlichen Wirkungskreis einer Person oder Körperschaft und was hat dieser gesetzliche Wirkungskreis mit dem Petitionsrecht zu thun? (Sehr richtig.) Die vorliegenden Petitionen betreffen nun entweder das Beschwerderecht über vorhandene Gesetze und deren Anwendung, oder es sind Petitionen de loco ferenda und über Landesmaßregeln. Es handelt sich hier um eine Beschwerde der Communalbehörden, adressirt an die höchste Obrigkeit des Landes wegen Nichtbefolgung der Verfassung, insbesondere der Presgesetzung. Die höchste legislative Obrigkeit des Königs wird um Befolgung des höchsten Gesetzes, der Verfassung angerufen. Es ist das eine Popularklage, wobei, wie jeder Jurist weiß, der ganze Begriff der Kompetenz und des Kompetenzüberschreitung völlig sinnlos ist. Das Beschwerderecht ist das Sicherheitsventil für die Handhabung der Gesetze im Lande. In keinem Lande gibt es eine so lange Reihe älterer Bestimmungen, die das Petitionsrecht ohne jede Schranken einzuräumen, als in Preußen. Noch nie ist es vorgekommen, Petitionen, die an die höchste Person des Staates gerichtet sind, beschränkt zu wollen und dies durch Generalrescripte zu thun. Die Art und Weise, wie wir hier Gesetze interpretiren seien, heißt schon mehr, Gesetze abändern; und nun dies Verfahren zusammenzunehmen mit den exekutiven Strafen, das ist nicht das System constitutioneller Minister, sondern das System, wobei die zeitige Verwaltung gebietet, was in den Gesetzen nicht geboten ist, und verbietet, was in den Gesetzen nicht verboten ist, und diese Gebote und Verbote durch Verwaltungsstrafen und Maßregeln durchzusetzen, das ist das System der Stadtkammerjustiz. (Sehr wahr!) Unsere Differenz mit jener Seite (zur Rechten) besteht darin: Wir wollen eine Verwaltung nach den bestehenden Gesetzen, jene Seite eine Gesetzesgebung durch die bestehende Verwaltung (Heiterkeit und Zustimmung). Wir stehen hier vor einer Pflicht des Hauses, das Petitionsrecht als eine Grundzage für die gesetzliche Regelung festzusetzen, an keinem Punkt berühren zu lassen durch solche Beschränkungen. Ich glaube, die Überweisung der Petition an die Regierung entspricht nicht der Wichtigkeit der Sache. Ich schlage daher folgende Resol. vor: "Das Haus der Abg. wolle beschließen: Ministerial-Rescripte, welche den Magistraten und Stadtv. das Petitionsrecht und Beschwerderecht in öffentlichen Angelegenheiten unterlagen oder beschränkten, und die darauf gerichteten Executiv-Maßregeln, widerstreiten dem Art. 32 der Verfassungs-Urkunde." Abg. Lent: Ich soll behauptet haben, Art. 32 der Brs. habe den Art. 35 der Städte-Ordn. totgeschlagen. Eines so gefährlichen Ausdrucks habe ich mich nicht bedient. (Heiterkeit.) Ferner hat der Herr Minister meine Ausführungen zu advocatischen genannt. Ich weiß nicht, welche Studien der Herr Minister in Bezug auf die Pflichten des Advocaten gemacht hat. Die Gerichtsordnung schreibt vor: die Advocaten

haben die Rechte der Parteien mit Sorgfalt und unermüdlicher Aufmerksamkeit wahrzunehmen, sich davon durch keine Menschenfurcht oder andere Rücksichten abhalten zu lassen, selbst weder die Wahrlheit zu verdrehen, noch zu verdunkeln (Heiterkeit), besonders aber den Deputirten des Gerichts bei seinen Instructionen fleißig zu controlliren. (Große Heiterkeit) Abg. Graf Schwerin erklärt sich ebenfalls für die Resolution des Abg. Gneist, da er das Verfahren der Regierung zur Erreichung ihres Zweckes nicht für gerechtfertigt hält.

Die Gneist'sche Resolution wird mit sehr großer Majorität angenommen. (Dagegen nur die Conservativen und ein kleiner Theil der Katholiken.) Nächste Sitzung morgen.

Berlin. Die "Kreuzung" stellt die Etablierung eines großen conservativen Clubhauses (Versammlungslocals) in Berlin in Aussicht.

— Die "Niederschl. B." schreibt: In dem Dorfe Noes bei Rothenburg hat das Vorlesen der Amtsblatt-Artikel begonnen. Der Effekt soll so gering gewesen sein, daß bald nach den ersten Minuten der Lesung die guten Leutchen alles Andere zu bedenken und zu besprechen hatten, nur nicht auf den gebrieten Leser zu achten, wenigstens in sehr geringem Maße und selbst die wiederholten Aufrüttungen und Ermahnnungen des Herrn Ortsrichters vermochten nicht diesejenige Ruhe herzustellen, welche bei der großen Bedeutung der Sache erwünscht war. Schließlich sei noch bemerkt, daß, nachdem zwei Nummern unter vollständigem Geräusch verlesen waren, der Herr Ortsrichter an die Gemeinde die Frage zu richten sich veranlaßt sah, ob mehr gelesen werden solle, oder nicht, indem er bemerkte, daß noch zwei Nummern vorhanden wären, worauf jedoch allseitige Verzichtsleistung laut wurde.

— Der Regierungs-Präsident Graf von Krasow zu Stralsund erlässt einen Aufruf, in weichem er bei Gelegenheit der Jubelfeier der Vereinigung Neuborpommerns mit Preußen die Gründung einer wohltätigen Stiftung, "König Wilhelm-Stiftung" vorschlägt, welche den Zweck hat, aus den Zinsen des gesammelten Kapitals Beihilfen zu Pflegeleibern für arme Kinder aus Neu-Borpommern und Kürgen in gewähren, die in Rettungshäusern, Taubstummen-, Blinden-, oder Blödsinnigen-Bildungs-Anstalten, sowie in Waisenhäusern unterzubringen sind.

— Aus Magdeburg ist eine Deputation hier eingetroffen, welche in Angelegenheit der Erweiterung der Festungswerke eine Audienz bei S. M. dem König nachgesucht hat.

Nuhrort. 7. März. [Gebäudesteuer.] In einer zahlreich besuchten Versammlung zur Besprechung der Gebäudesteuer-Vorantragung wurde beschlossen, vorerst sich an den Herrn Bürgermeister zu wenden, um die stattgefundenen Einschätzungen einer nochmaligen Revision unterziehen zu lassen, event. mit einer Beschwerde bis ans Ministerium zu geben.

England. London, 8. März. Die "Times" scheint doch zu der Erkenntnis zu gelangen, daß die amerikanischen Confederierten ihren nördlichen Gegnern nächstens erliegen werden. "Wir scheinen", sagt sie, "an jenem Wendepunkte des amerikanischen Krieges angelommen zu sein, welcher uns gewisser Maßen schon die Schlusscene und die Rolle, welche wir dabei zu spielen haben werden, vor Augen führt. Der heimliche auf keinen Widerstand stehende Marsch eines Unionsheeres durch Georgien und Südkarolina und die gleich beim Herannahen dieses Heeres erfolgte Übergabe eines für unüberwindlich gehaltenen festen Punktes nach dem anderen sind leineswegs die einzigen Zeichen der Erschöpfung der Confederierten. Die großen Seestädte, zu deren Vertheidigung so ungeheure Opfer gebracht worden waren, beherbergten schon seit längerer Zeit nur einen kümmerlichen Rest ihrer früheren Bevölkerung. Schon vor zwei Monaten war Charleston, die eigentliche Wiege der "Rebellion", eine verödet und halb ruinierte Stadt, in der das Vieh auf den Straßen weidete und die Rebützer ihre Jungen auf den Straßen fütterten. Kein Wunder daher, daß sich keine Mannschaften finden ließen, um dem Vorrat Sherman's Einhalt zu thun. Kein Ort hatte die gebührliche Besatzung und konnte Soldaten entbehren, ohne zum Angriffe herauszuordnen. Dabei fehlte es an Material aller Art." Die "Times" fürchtet, daß die Amerikaner, sobald sie zu Hause Ruhe geschaffen haben, die Gelegenheit vom Baue brechen werden, Krieg mit England anzufangen, ja, sie betrachtet das sogar als gewiß für den Fall, daß sie sich stark genug dazu fühlen.

Danzig, den 11. März.

* Mittelst Allerh. Erlaß vom 13. Februar er. hat S. Maj. der König die von den Actionären der Danziger Privatbank in der hier am 19. März 1864 abgehaltenen General-Versammlung wegen Abänderung ihres Statuts von 1857 und des Nachtrags von 1858 gefassten Beschlüsse genehmigt.

* Der hiesige Kreistag hat gestern 400 Thlr. für die Kronprinzstiftung bewilligt. Gegen den Beschluß wurde, wie wir hören, von einer Seite geltend gemacht, daß nach Auffassung des Königl. Ministers des Innern über den Wirkungskreis der Gemeindewertruppen ein Beschluß in dieser Angelegenheit nicht zulässig sein dürfte.

* Seitens der R. Polizei-Behörden wird die baldige Anbringung von Sturmsignalen in Neufahrwasser beabsichtigt.

* Nr. 11 der "Ostdeutschen Blätter" enthält: Die Kogen über den Druck der Steuern und ihre Ursachen. — Lamartine über Julius Cäsar. — England und Frankreich. — Der Abschluß gegen die Toleranz.

*** Montag kommt als Benefit des Herrn Gerstel "Der Lumpensammler von Paris" von Fel. Pyat zur Darstellung, ein sociales Tendenziell von spannender Handlung voll bedeuternder Effecte. Die Vorstellung wird um so mehr das Publikum anziehen, als der geschäftige Gast, der sich des lebhaftesten Beifalls zu erfreuen gehabt, zugleich in der Titelrolle des genannten Stücks sein Gastspiel leider schon beendet.

* Heute ist mit Abbruch des Mischleschen Vorbaues (Gerbergasse) begonnen.

* Herr Sattlermeister W. aus Pusig, der mit eigenem Fuhrwerk, begleitet von seiner Schwester und einem Kutscher, am 7. d. vierher gekommen war, um einige Einkäufe zu machen, trat an demselben Tage seine Rückreise erst gegen Dämmerwerden an. In der Autte wurde er von zwei ihm begegnenden Herren angeredet, er möge sich bei der Fahrt durch das Divaer Balloch vorsehen. In Folge dessen verabsah sich die beiden Männer in Langfuhr mit tödlichen Künsten und fuhren von Strieß aus auf der Olivaer Chaussee im Galopp weiter. Vor dem Hohen Wäldchen angelangt, traten wirklich aus dem Gebüsch zwei Kerle dem Wagen entgegen, konnten aber bei der schnellen Fahrt denselben nicht anhalten, bielten sich jedoch daran fest, gewiß in der Absicht, ihn zu ersteigen. Mr. W. stieg nun von hinten auf die Strolche los; einer, wahrscheinlich auf den Kopf getroffen, blieb zurück, der andere hielt noch mehrere Hiebe aus, bis er losließ; die nachgeschleuderten Steine erreichten glücklicherweise das Fuhrwerk nicht mehr.

* [Traject über die Weichsel.] Terespol und Culm zu Fuß über die Eisdecke bei Grottkau und Graudenz zu Fuß und mit leichtem Fuhrwerk über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Warlubien und Graudenz zu Fuß und mit leichtem Fuhrwerk über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Czernowitz und Marienwerder regelmäßig über die Eisdecke mit Wagen bei Tag und Nacht.

Graudenz, 10. März. (G.) Wir haben heute 6 Grad Wärme. Es thaut mit aller Macht, und der Aufgang der

Weichsel dürfte, wenn diese Witterung anhalten sollte, binnen Kurzem bevorstehen. Einstweilen wird die Eisdecke noch mit Wagen aller Art, selbst mit Lasten, befahren.

Vermischtes.

Elberfeld, 7. März. [Drei Mädchen verbrannte.] Der größte Theil der ausgedehnten Stearin- und Seifenfabrik von F. W. Ostermann zu Elberfeld ist heute Vormittag, wie gemeldet, ein Raub der Flammen geworden. Leider konnten drei junge Mädchen von 17 bis 20 Jahren von Außen durch angelegte Leitern aus den vergitterten Fenstern nicht zeitig gerettet werden und sandten auf die traurige Weise durch die Flammen ihren Tod, auch anderweitige Verwundungen sollen noch zu beklagen sein.

Reinmar (Hannover), 1. März. Gestern ereignete sich auf diesem Gute ein bekannter schwerer Unglücksfall. Eine bei der Dreschmaschine beschäftigte Arbeiterin wurde von der eisernen Welle, mittelst welcher die Maschine durch das Göpelwerk getrieben wird, derartig gesägt, daß ihre Kleider sich um dieselbewickten und sie nach mehrmaliger Umbreitung ganz und gar zerquetscht wurde und sofort den Geist aufgab. Es ist sehr zu empfehlen, bei derartigen Maschinen die nötige Vorsicht zu gebrauchen, um die Wellen oder alles sonst Gesährdrohende der Maschine mit Bretterkästen zu bedecken.

In Neumünster (Holstein) ist am ersten März die Maschinenfabrik der Firma Köster Söhne total abgebrannt, so daß nur die Umfassungsmauern der Gebäude teilweise stehen geblieben sind. Diese Fabrik lieferte für den größten Theil der jetzt gegen 80 betragenden Tuch- und Wollwarenfabriken Neumünsters, sowie für andere derartige Geschäfte der Herzogthümer die Kratz-, Spinn-, Web- und andere Maschinen.

Vorsendespeisen der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. März 1865. Aufgegeben 2 Uhr 16 Min.

Angelkommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

		Sept. Br.	Sept. Crs.
Roggen fest,	Ostpr. 31% Pfandbr.	85	85
loco	35	35	do. 84
März	34	34	do. 94
April-Mai . . .	34	34	Preuß. Rentenbriefe 98
Röhl. März . . .	12	12	do. National-Anl. 70
Spiritus do. . .	13	13	Russ. Bantnote . . .
5% Pr. Anleihe .	106	106	Danzig. Pr.-B.-Act. —
4% do.	102	102	Deitr. Credit-Aktion. 83
Staatschuldh.	91	91	Wechsels. London. 6.23

Hamburg, 10. März. Getreidemarkt. Weizen sehr ruhig. Roggen dagegen, ab preußischen Ostseehäfen matter, Termine geschäftlos. Del. Mai 26 1/4 — 25%, Oct. 25%. Kaffee loco ruhig. Bink 4500 Et. per Frühjahr 13 1/4.

Amsterdam, 10. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen auf Termine etwas slauer, sonst unverändert, stille. Raps Frühjahr 71 1/4, Herbst 67 1/2. Rüböl Frühjahr 39%, Herbst 38.

London, 10. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) In Weizen beschränktes Geschäft, Frühjahrsgetreide fest. — Regenwetter.

London, 10. März. Consols 88 1/4. 1% Spanier 41. Sardinier 77. Mexikaner 25%. 5% Russen 88 1/4. Neue Russen 88 1/4. Silber —. Türkische Consols 52 1/4. 6% Ber. St. per 1882 54 1/4. — Hamburg 3 Monat 13 1/2% 8. A. Wien 11 Fl. 50 Fr.

Liverpool, 10. März. Baumwolle: 4000—5000 Ballen Umsatz. Wochenumsatz 40,860, zum Export verläuft 5130, wirklich exportirt 5049, Consum 31,000, Vorrath 588,000 Ballen. — Amerikanische 16, fair Dhollerah 12 1/2, middling fair Dhollerah 11, middling Dhollerah 10, Bengal 6 1/2, Doura 12.

Paris, 10. März. 5% Rente 67, 70. Italienische 5% Rente 65, 65. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Österreichische Staats-Eisenbahn-Aktion 441, 25. Credit-mob. Aktionen 866. 25. Lomb. Eisenbahn-Aktion 546, 25. — Der Tod des Herzogs v. Morny wirkte ungünstig auf die Börse. Das Geschäft war unbelebt, die Stimmung flau.

Danzig, den 10. März.

[Wochen-Bericht.] Wir hatten die Woche hindurch Thauwetter, das Eis auf den Flüssen ist jedoch zu kräftig um schon jetzt zu schwinden und werden wir vor Schluss dieses Monats die Eröffnung der Schiffsahrt kaum zu erwarten haben. Das Ausland berichtet über Getreide ferner flau, das Weizengeschäft in England bleibt auf den Consum beschränkt und findet nur alte Qualitäten Beachtung. An unserer Börse stilles Geschäft zu möglichst unveränderten Preisen. Umsatz ca. 375 Lasten frischer und ca. 160 Lasten alter Weizen. Preise für letzteren sind nur teilweise bekannt geworden; 130/1 feinbunt 18 1/2 per 5100fl. — Für frische Qualität wurde bezahlt: 120/1, 125, 125/6, 128fl. bunt 18 325, 345, 354, 365, 375, 124/5, 125/6, 126/7, 127/8/8. redi hell 18 340, 365, 370, 375, 124, 125, 125/6, 127 fl. hell-farbig 18 340, 352 1/2, 365, 376, 131 fl. gut bunt 18 380, 127/8, 129, 130/1. hellbunt 18 380, 385, 390, 400, 129, 130 fl. weiß 18 390, 396, 128, 130 fl. gläsig 18 380, 400, 131/2 fl. hellbunt 18 410, 132 fl. gläsig 415. — Roggen folgte in den ersten Tagen der Woche der Berliner Besserung, schließt aber matt weil vom Auslande her jede Anregung fehlt. In loco nur ca. 130 Lasten gehandelt: 117, 121/2 fl. 210—219, 123, 125 fl. 222—225, 127, 129 fl. 229 1/2—234, 129/30, 130/1 fl. 238—240. Auf Lieferung 123 fl. 122 fl. April Mai 18 230 per 4910 fl. bezahlt. Auf spätere Termine war die Frage lebhaft, doch fehlte passendes Angebot. — Weiße Erbsen nach Qualität 18 237, 279, 285, 294 sehr schöne bis 18 306 bezahlt, feuchte 18 240, 243—264 — Gerste nicht gehandelt. — Spiritus bei kleiner Befuhr und außer Kauflust zu täglich anziebenden Preisen gehandelt, 13 1/2, 13%, 13 1/4, 13 1/2 per 8000% bezahlt.

Danzig, den 11. März. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt, 120/123 — 125/27 — 128/29 — 130/31 fl. von 51/53/56—58/59/61 — 62/63/64—65/66/67 1/2 per nach Qualität per 85%.

Roggen 120/124/125 — 128/130/131 fl. von 35 1/2/37/37 1/2 — 38 1/2/39 1/2/40 per 81% fl.

Erbsen 40—48 fl., 118 1/2 fl. für trockene.

Gerste, kleine 105 — 112 fl. von 26—30/30 1/2/31 fl., große 110—118/19 fl. von 29/30—34 fl.

Hafer 21—24 fl.

Spiritus 13 1/4 fl. bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: Schnee und Regen. Wind:

N.W. — Am heutigen Marte sind zu unveränderten Preisen und bei schwächer Befuhr ca. 100 Lasten Weizen gekauft.

121 fl. hell 18 365, 128 fl. bunt 18 370, 128/9 fl. fein bunt 18 380, 131/2, 132/3 fl. fein bunt 18 400, 130/1, 131 fl. hellbunt 18 400 per 85 fl. Vom Speicher sind gestern noch

55 Lasten alter 131 fl. gut bunter Weizen a fl. 430 und auf Frühjahrs-Lieferung sind ebenfalls gestern Nachmittags 40

Lasten bunter 130 fl. und 40 Lasten hellbunter 129 fl. Weizen zu unbekannt gebliebenen Preisen gehandelt. — Roggen fest, 121 fl. 18 219, 122/3 fl. 18 223, 123/4 fl. 18 223 1/2, 124/5 fl. 18 225, 125/6 fl. 18 226 1/2, 127 fl. 18 229 1/2 per

81 1/2 fl. Auf Lieferung April-Mai wurden gestern 170 Lasten 122 fl. 18 230 per 81% fl. gekauft. — Für Lein-

saat 18 400, 425 per 72 fl. bezahlt. — Spiritus 13 1/4 fl. bezahlt.

Elbing, 10. März. (R. E. A.) Witterung: Thauwetter bei Schnee und Regen. Wind: N. Die Befuhr von Getreide sind mäßig stark. Die Stimmung für Weizen ist matt und haben sich die Preise, namenlich für die geringeren Gattungen, nur schwach behaupten können. Roggen und weiße Erbsen sind vollkommen preishaltend. Für Gerste und Hafer ist der Begehr so gering, daß sich die Preise trotz sehr schwächer Befuhr kaum haben behaupten können. — Spiritus höher bezahlt — Bezahlt und anzunehmen ist: Weizen hochbunter 116—128 fl. 42/43—59/60 fl., bunter 115—125 fl. 40/41—53/54 fl., roth 129 fl. 58 fl. — Roggen gesund 120—122 fl. 33 1/2—34 1/2 fl. 125—127 fl. 36 1/2—37 1/2 fl. frank 119 fl. 32 1/2 fl. — Gerste große gesunde 107/108 fl. 28 fl. — Hafer 73—78 fl. 22 fl. 72 1/2 fl. Zollgewicht. — Erbsen weiße Koch 43—48 fl. Futter 36—42 fl. grüne 36—45 fl. — Bohnen 42 48 fl. — Thymotheum abfallend 10 1/2 fl. per Et. — Spiritus bei Partie letzter Preis 13 1/4 fl. per 8000% Et., heute wohl etwas mehr zu bedingen.

Königsberg, 10. März. (Königsl. Hart. Stg.) Weizen ohne Kauflust, hochbunter 120/130 fl. 50/68 fl. Br., 120 fl. 48 fl. bez., bunter 120/130 fl. 40/65 fl. Br., 120 fl.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 12. März, Vorm. 10 Uhr:
Gottesdienst im Saale des G.-Wertheuses. Pre-
digat: Herr Prediger Röckner.

Heute Abend 17 Uhr wurde meine
liebe Frau Rosalie geb. Freytag
von einem gesunden Knaben glücklich
entbunden, welches ich Freunden und
Familiengen hiermit ergebenst anzeigen.
Danzig, den 10. März 1865.

(2229) Gustav Thiele.

Musikalien-Leih-Anstalt

Th. Eisenhauer
in Danzig, Langgasse 40,
vis-à-vis dem Rathause,
in Bromberg; am Markt, in Stolp:
Schmiedestraße,
empfiehlt sich unter den bekannten günstigsten Bedingungen zu zahlreichen
Abonnementen. (Prospectus gratis.) (Der
Catalog, 17 Druckbogen stark, 16 000
Nummern enthaltend, kostet 75 Kr.)
Großes, möglichst vollständiges
Lager neuer Meisterwerke. (2253)

13 russische Arbeitspferde

einer abgebürteten, dauerhaften Race, so eben
direct eingeführt, werde ich

Montag, den 13. März c.,
Vermittags 10 Uhr,
im Gastralle des Herrn Nothwanger, Lang-
garten 62, nahe dem Thore, gegen baare Be-
zahlung öffentlich versteigern, wou einlade.

(2200) Nothwanger, Auctionator.

Montag, den 13. März c., Nachmittags 3 Uhr,
sollen auf gerichtliche Verfügung im Ge-
richts-Gebäude auf der Pfefferstadt, Eingang
Weissmönchen Kirchengasse,

verschiedene Colonial-Waren als:
weissen u. gelben Farin, Reis, grüner
u. schwarzer Thee, trock. Pfauen-

Stärke, Schnupftaback etc.
gegen baare Zahlung versteigert werden, wo-
zu einlade.

(2206) Nothwanger, Auctionator.

Herrschäftliches Mobiliar.

Montag, den 20. März c., Morgens 9 Uhr,
werde ich im Hause Neugarten 17, wegen ver-
änderter wirtschaftlicher Einrichtung und Räu-
mung mit Bewilligung üblichen Credits öffent-
lich versteigern:

1 antiken gr. Schrank mit werthvoller Schnitz-
arbeit in nussbaum. und Ebenholz gearbeitet
(Brachletemplar), 1 Bronce-Kronleuchter, 1 Pia-
nino in polyanth. Kasten, 1 Garnitur, Sophia,
Lehn- und Polsterstühle, massiv, mahag., mit
Haartuchbezug, do. und eisene Spiegel, Komode
den Speisetafel, Schreibsteltair, Servante, Klei-
derschränke, Waschtoiletten, Spiel- und andere
Tische, 1 sehr großer Bücherschrank, Schreibe-
pulte, Notenkästen, Rohr- und Polsterstühle,
vieles Porzellan, Fayance, Gläser, Kupfergeschirr,
sonstigen Hausrath und eine gr. Partie diverse
Fenster.

Hierauf werden ausgetragen und verkauft
werden:

1 Partie, circa 40 Stück, ältere
wertvolle Gemälde verschied. Schu-
len.

Sonnabend, den 18. März c., Besichtigung
gestattet.

(2225) Nothwanger, Auctionator.

Auction über Bauholz.

Freitag, den 17. März c., Vorm. 10 Uhr,
werde ich auf resp. vor dem Grundstück Stein-
damm 2 räumungshalber mit Bewilligung
des üblichen Credit s öffentlich versteigern:

1 Partie 6 à 8' Mauerlaten, Kreuz-
holz, ficht. Sleeper, Schwatten, tannene Boh-
len u. namentlich 1, 1½, 3 u. 5" eich. Breiter
u. Bohlen, auch verschiedene Käferholz, Bau-
unternehmer u. die betreff. Herren Handwerker
eingeladen.

(2154) Nothwanger, Auctionator.

Auction zu Hohenstein.

Dienstag, den 21. März 1865, Vor-
mittags 10 Uhr, werde ich in dem ehemali-
gen Schulzen bie lichen Hof zu Hohenstein
die aus dem früheren Barendtschen Hofe zu
Klein-Mühlberg dorthin gebrachten sehr schönen
Rübe und Jungvieh öffentlich an den Meistbietenden
verkaufen:

ca. 25 bis 30 Stück theils hochtragende,
theils fischmilchende Kühe und
ca. 20 bis 25 Stück verschiedenes Jung-
vieh.

Der Bahlungs-Termin wird den bekannten
Käufern bei der Auction angezeigt. Unbekannte
zahlen zur Stelle.

(1677) Joh. Jac. Wagner,
Auctions-Commissarius.

Auction am Troyl

beim Ganskrug. Montag, den 27. März 1865,

Vermittags 10 Uhr,
werde ich bei dem Herrn Freymuth am Troyl
wegen Aufgabe des Etablissements „die Preradie“
öffentl. an den Meistbietenden verkaufen:

2 Pferde, 3 Kühe, ein Halbverdeck, 1 Ar-
beitswagen, 1 beschlagene Schleife, 1 Ge-
treidekarre, 1 Hädjelmachine, 2 Paar Ar-
beitsgeschirre, 2 eisenzeitige Egen, Holz-
ketten, 1 Drogen, 150 Stück gute Ge-
treidepläne, etwas Kupferholz, bestehend in
Dielen und Kreuzholz, eine Partie Streu-
Sirob, einiges Mobiliar, also: Stühle,
Tische, Spiegel, Vasen, etwas Kupfer,
Zinn und verschiedenes Haus-, Küchen- und
Stallgeräthe.

Fremde Gegenstände dürfen nicht eingebraucht
werden.

Der Zahlungs-Termin wird den bekannten Käu-
fern bei der Auction angezeigt.

Joh. Jac. Wagner,
Auctions-Commissarius.

(2210)

Asphaltierte geprüfte Dachpappen

von D. Eppenstein in Berlin,
vorjähriges Fabrikat, empfohlen in Bahnen und Tafeln besitzt Qualität mit 2 Kr per
Das Eindecken der Dächer wird unter Garantie billigst ausgeführt.

(1812)

Mein Lager von Seidenhütten in
den neuesten Fäcons geschmack-
voll und zugleich dauerhaft gearbeitet.

Filzhüte in verschiedenen Formen
und Farben im Preise von 1 bis 4 Kr. empfohlen
in großer Auswahl.

Bestellungen werden unter mei-
ner Leitung prompt effectuirt.

Robert Upleger,

Hutfabrikant, I. Damm No. 5.

NB. Reparaturen auf und billig. (2005)

Wasserdichte feine Damenstiefeletten

Gummischuhe, nur beste französische
und deutsche, in allen Sorten, für Herren
von 17½ Kr. an.

Damentaschen, Reisetaschen, Kof-
fer, Hutschachteln, Damengürtel,
breite und schmale, in großer Auswahl
empfohlen

Oertell & Hundius,

Langgasse 72.

So eben erhielt ich direct aus
Paris die erste Sendung
Frühjahrs-Modellhüte.

C. Pohl,

vormals Schüler.

Doppelsohlige Herrenstie-
feln, so wie überbaute Herrenstiefeln in
Kalbleder und Lact, in vorzüglicher
Waare, gute Fäcons, zu sehr billigen Preisen
bei Oertell & Hundius,

Langgasse 72.

Apotheker Bergmann's Eispomade,

rühmlich bekannt, die Haare zu krauseln,
so wie deren Ausfallen und Ergrauen zu verhin-
dern, empfohlen à Fl. 5, 8 und 10 Kr.

J. L. Preuss.

Schwedische Jagd- Stiefelschmiede

ist eingetroffen in dem alleinigen De-
pot für Danzig bei

Albert Neumann, Langenmarkt 38,

(2237) Ecke der Kürschnergasse.

Avis.

Hiermit erlaube ich mir er-
gebenst anzugezeigen, daß ich dem
Herrn Herrmann Müller in Dan-
zig den Verkauf meiner verschie-
denen Braumstein-Produkte über-
tragen habe. Derselbe ist mit allen
Mustern für Papier-, Glas-, Che-
mische-, Dosen-, und Kattun-Fa-
briken versehen und ertheilt gern
jede weitere Auskunft.

Carl Probst in Ilmenau
2144] in Thüringen.

Über verkaufliche Güter in Pommern, Ost- u. West- preußen,

im Preise von 10- bis 120.000 Kr. gibst Aus-
kunft Alb. Rob. Jacobi in Danzig,
Breitgasse 64.

Über verkaufliche Güter in Pommern, Ost- u. West- preußen,

im Preise von 10- bis 120.000 Kr. gibst Aus-
kunft Alb. Rob. Jacobi in Danzig,
Breitgasse 64.

Pommersches Segeltuch zu Mühlens-
Pfegel empfohlen in großer Auswahl

Otto Reßlass,

Kischmarkt 16.

Gicht- und Hämorrhoidalalleidende,
die den Specialarzt Dr. Müller aus Coburg
persönlich zu konjunktiren wünschen, wollen ihre
Adressen unter Chiffre Dr. M. gefälligst verschlos-
sen in 6 Tagen bei der Exp. d. Rta. abgeben.

Strontianit,

a Ctnr. 1 Kr. 25 Kr., bei großen Quantitäten
1 Kr. 20 Kr., franco Waggon Hamm. Einige
Emballage extra selbstkosten. Näheres zu erfah-
ren, so wie Broen, Lüdbergasse 44. 1 Tr. b.

Ich wohne 2. Damm 16 a. b. tgl. v. 8. 10
U. Vorm. u. v. 13. N. 3. spr. Unbe-
mittelte behandle ich unentgeltlich. (1940)

Dr. Gescius, prakt. Arzt, Wundarzt, Geburtsh.

(2176) Ober-Regisseur d. h. Stadttheaters.

Vorläufige Anzeige.

Im Laufe der nächsten Woche wird der Violinist
Miska Hauser
in Danzig ein Concert abzuhalten die Ebene
(2233)

CONCERT

der Königl. Kammersängerin

Fr. Leopoldine

Cuczek-Herrenburger

im Apollo-Saal des früheren Hotel du Nord:
Dienstag, den 14. März 1865,

Abends 7 Uhr.

Unter gefälliger Mitwirkung des Königl.

Musik-Directors Herrn Markull und des

Concertmeisters Herrn Schaper.

Programm:

1. Sonate (B-dur) für Pianoforte u. Violon-
cell von Mendelssohn. (Op. 45).

2.arie aus „Rinaldo“ von Händel, vor-
getragen von der Concertgeberin.

3. a. Ave Maria v. J. Schubert } für Bis-
b. Romanza von Servais } longe.

4. Frauenliebe und Leben, ein Cyclus
von 8 Gesängen nach den Gedichten W. v.
Chamisso's, von Robert Schumann, vorge-
tragen von der Concertgeberin.

5. Impromptu (B-dur) für Pianoforte von

F. Schubert

6. a. Lithauisches Lied von J. Chopin.

b. Trockene Blumen von J. Schubert,

c. Erlkönig von der Concertgeberin.

Billets à 20 Kr. sind in der Kunst-, Buch- und

Musikalienhandlung des Herrn F. A. Weber,

Langgasse 78, zu haben. Kassenpreis 1 Kr.

Erste

Quartett-Soirée

der

Gebrüder Müller

im Apollo-Saal d. früh. Hotel du Nord

Montag, den 13. März 1865,

Abends 7 Uhr.

Programm:

1. Haydn, Quartett. D-dur. (Menuett à la

Zingarese).

2. Schumann, Quartett. A-moll. Op. 41

No. 1.

3. Beethoven, Serenade für Violine, Viola

und Violoncello. Op. 8.

Abonnement-Billets à 2 Kr. gültig

für alle drei Soirées, so wie Einzelbillets

à 1 Kr. sind in der Buch-, Kunst- und Musika-

lien-Handlung von

F. A. Weber,

Langgasse 78, zu haben.

Second

Selonke's Etablissement.

Sonntag, 12. März:

Auftreten des Ballettmasters Herrn
Rinda, der Tänzerinnen Fr. Weis-
inger, Bachmann und Dessa, der Sänge-
rinnen Fel. Wieland und Fr. Kobi-
meyer, des Tenors Herrn Ebodo-
wicke, des Opernsängers Herrn Arnoldi
und der Gesellschafter Alphonso, verbrun-
den mit Concert von der Hochzeitlichen Ka-
pelle. II. A. Verlangen: Wallachischer Heu-
bauerntanz (a. Steigen), ausgeführt von Mr.
Rindaa. Zum Schluss: Große Kom